Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage für den nächstfolgenden Tag.

Bezugspreis:
Bei Abholung in den Ausgabestellen vierteljährlich Mark 1.50, monatlich 50 Pfennig. Durch Boten frei ins Haus geliefert vierteljährlich Mark 1.80, monatlich 60 Pfennig. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 1.80 ausschließlich Bestellgeld.
Einzelne Nummern 10 Pfennig.

zugleich
Oberlungwitzer Tageblatt
und
Gersdorfer Tageblatt.

Anzeigenpreis:
Orts-Anzeigen die 6gespaltene Korpuszeile 15 Pfennig, auswärtige 20 Pfennig, die Reklamezeile 40 Pfennig, die 2gespaltene Zeile im amtlichen Teil 45 Pfennig.
Außergewöhnlicher Satz nach vorheriger Uebereinkunft. Bei Wiederholungen Preisermäßigung nach feststehendem Tarif.

Sämtliche Anzeigen erscheinen ohne Aufschlag im Oberlungwitzer Tageblatt und im Gersdorfer Tageblatt.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Rüsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Grüna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 110. Fernsprecher Nr. 151. **Sonnabend, den 13. Mai 1916.** Geschäftsstelle Bahnstraße 3. **43. Jahrgang**

Bekanntmachung.

Die diesseitige Bekanntmachung vom 12. April 1916 wird hiermit aufgehoben.
Die Ausfuhr von Vieh nach dem **Herzogtum Altenburg** bleibt auch weiterhin untersagt.

Glauchau, den 11. Mai 1916.

Der Bezirksverband der Königlichen Amtshauptmannschaft Glauchau.

Städtische Sparkasse.

Die städtische Sparkasse ist **bis auf weiteres** nur bis **nachmittags 4 Uhr** geöffnet. Die übrige Geschäftszeit bleibt unverändert.

Hohenstein-Ernstthal, den 11. Mai 1916 **Der Stadtrat.**

Sonnabend städtische Butter, **Stück 1,39 Mk.**

Gelbe und **grüne** Karten.
1—230: **Schmidt**, 501—770: **Lässig**,
231—500: **Beyer**, 771—890: **Horn.**

Freibank: Rindfleisch, roh, Pfund 1,20 Mark.

Abgabe von 7—8 Uhr vorm. an Inhaber der ausgegebenen Nummern 21—100 und der Brotkartennummern 2151—2200.
Abgabe von 8—9 Uhr vorm. an Inhaber der Brotkartennummern 2201—2400,
" " 9—10 " " " " " " 2401—2670
gegen Fleischkarte.
Fleisch wird nur an Personen bis zu 1500 Mark Einkommen verabreicht. Es sind der Steuerzettel, die Brot- und Fleischkarte mitzubringen.

Hohenstein-Ernstthal, den 12. Mai 1916. **Der Stadtrat.**

Städtische Verkaufsstelle.

Sonnabend 8—12: **Steinpilze**, 4 Pfund-Dose 3 Mk., **Goudakäse**, 1/4 Pfd. 60 Pfg., **Sardinen** in Tomaten, Dose 65 Pfg., **Sahne**, Flasche 90 Pfg.

Verkauf von Schweinefleisch.

Sonnabend, den 13. Mai d. J.
werden an die Haushaltungen Ortsl.-Nr. 350 C bis mit 657, mit Ausnahme der Ortsl.-Nr. 526—575, Schweinefleisch und Wurst abgegeben und zwar:

vormittags	von 9—10 Uhr	an die Haushaltungen in Ortsl.-Nr.	350 C—400
"	" 10—11 "	" " " " " "	401—450
"	" 11—12 "	" " " " " "	451—500
nachmittags	" 12—1 "	" " " " " "	501—525
		und " "	576—657

Es erhalten Haushaltungen bis mit 3 Personen 1/2 Pfund und darüber hinaus 1 Pfund. Verkaufspreis für 1 Pfund 1,80 Mark. **Selbstversorger können nichts erhalten. Die Brotkarte ist vorzulegen, ebenso passendes Geld. Obige Zeiten sind genau einzuhalten, damit kein Andrang entsteht.**

Oberlungwitz, am 12. Mai 1916. **Der Gemeindevorstand.**

Die amerikanische Antwortnote.

Die am 10. Mai vom amerikanischen Botschafter überreichte Antwortnote lautet, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, in Uebersetzung wie folgt:

Berlin, den 10. Mai 1916. Ew. Exzellenz! Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Ew. Exzellenz die folgende Antwort auf die Note Ew. Exzellenz vom 4. Mai ds. Js. mitzuteilen. Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft kundgibt, daß sie ein Letztes dazu beitragen will, wenn, solange der Krieg noch dauert, die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebene Unterseebootspolitik ankündigte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinfort eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächliche Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neu angekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhängt, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. Mts. einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder im geringsten Grade von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam, absolut, nicht relativ.

Ich ergreife die Gelegenheit, um Ew. Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. gez. James W. Gerard. Seiner Exzellenz Herrn v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

*

Der Inhalt der Note stimmt mit dem bereits von Reuter veröffentlichten Bericht überein. Es ist dazu in erster Linie zu sagen, daß es vom Standpunkte der internationalen Höflichkeit aus befremdlich wirken muß, wenn eine fremde, noch dazu feindliche Regierung eher in der Lage ist, den Wortlaut zu veröffentlichen, als die Regierung, an welche die Note gerichtet ist. Auch der Ton des Schriftstücks ist nicht so, daß man auf deutscher Seite davon erbaut sein könnte. Er erinnert einigermaßen an die Washingtoner „Hemdärmel-Politik". Im übrigen ist es selbstverständlich auch in sachlicher Hinsicht falsch, wenn die Note von unserer „jetzt glücklicherweise aufgegebenen Unterseeboot-Politik" spricht. Aufgegeben haben wir diese Politik nicht. Wir haben vielmehr diese Politik nur vorläufig abgeschwächt unter der Voraussetzung, daß Amerika nunmehr, entsprechend unserem loyalen Entgegenkommen, auch das Seinige tun wird, um England zur Aufgabe seiner völkerrechtswidrigen Blockadepolitik zu veranlassen. Geschieht das nicht, so bleibt das klare Wort der deutschen Note bestehen: „Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschließungen vorbehalten muß."

An diesen Worten ist nicht zu rütteln, noch zu deuteln. Bleibt also abzuwarten, wie die Washingtoner Regierung sich weiter verhält.

Der Ton der Note.

Der Berner „Bund" schreibt zu dem trockenen, unverbindlichen Ton der amerikanischen Note: So sprechen Leute, die sich zwar äußerlich vertragen, aber keineswegs schätzen. Das so zusammengestückelte Band werde kaum lange halten. Für den Augenblick ist immerhin ein Bruch vermieden. Die Schlußwendung der amerikanischen Antwort enthält die denkbar schroffste Zurückweisung des deutschen Vorbehaltes. Schärfer kann man die Gegensätze nicht betonen.

Die französische Presse hetzt weiter.

Aus Bern wird gemeldet: Die französischen Hetzer schöpfen neue Hoffnung aus der amerikanischen Antwort auf die deutsche Note. „Echo de Paris" schreibt: Der Lauf der Ereignisse hängt jetzt allein von der Art ab, wie der Tauchbootkrieg geführt wird. Man macht sich keine Illusionen mehr über die schweren Folgen, die ein neuer Sussexfall mit sich bringen würde. — Pichon schließt seine Betrachtung im „Petit Journal": Die Sache ist verhandelt und abgeurteilt. Das allgemeine Gewissen eilte dem Urteil des Präsidenten voraus. Wenn nicht heute, so doch morgen folgt die Strafe. — „Petit Parisien" quittiert hocherfreut, daß Präsident Wilson den deutschen Schacher ablehnte und stellt triumphierend fest: Der Kaiser hat einen Meister gefunden. — Im „Temps" heißt es u. a.: Was auch immer das Morgen der deutsch-amerikanischen Beziehungen sein möge, die Antwort ist trocken bis zur Verachtung. Sie hat nunmehr große moralische Tragweite. Sie verkündet, daß die Unmoral des deutschen Kaiserreiches jede Verbindung zwischen den Kulturvölkern unmöglich macht.

Die Verstärkung des amerikanischen Heeres abgelehnt.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus die Vorlage über die Verstärkung der Armee, die mehr als eine Million vorsah, abgelehnt.

Die Kämpfe im Westen.

Die Kämpfe um Verdun toben mit unverminderter Heftigkeit weiter, und zwar sind es vorerst noch immer zwei Punkte, um die das furchtbare Ringen geht: Die Höhe 304 auf dem westlichen und die Gegend um Douaumont auf dem östlichen Maasufer. Aller allen verzweifelten Anstrengungen der Franzosen zum Trotz, die sich durch die schwersten Verluste nicht abschrecken lassen, dringen unsere heldenmütigen Sturmtruppen immer weiter vor. Westlich der Maas versuchte dem letzten deutschen Heeresbericht zufolge der Feind durch starke Angriffe südöstlich der Höhe 304 und am Toten Mann unsere neuen Stellungen auf der Höhe selbst zu gefährden und in der Flanke zu fassen. Aber der Versuch scheiterte am tapferen Widerstand der deutschen Truppen und der französische Angriff brach unter schweren Verlusten im Maschinengewehr- und Artilleriesperrfeuer zusammen. Die Zahl der französischen Gefangenen wächst ebenfalls stetig. Sie beträgt seit 4. Mai, an welchem Tage die Kämpfe um die Höhe 304 einsetzten, allein an Unverwundeten: 53 Offiziere und 1515 Mann. — Auf dem östlichen Maasufer wurde im Caillettewald erbittert, aber für die Franzosen erfolglos gekämpft.

Japanische Truppen für Frankreich?

Die Stockholmer Zeitung „Sozialdemokraten" meldet aus Petersburg: Hier eingetroffene Nachrichten sprechen von einer Zusage des japanischen Kabinetts an die Entente hinsichtlich einer Expedition japanischer Truppen nach Frankreich.

Neue Russentransporte für Frankreich.

Ein Transport von über 2000 russischen Wehrpflichtigen aus Italien ist, wie aus Rom gemeldet wird, auf einem **französischen** Transportdampfer von Genua **nach Marseille** abgegangen.

Die australischen Verstärkungen für die Westfront.

Aus Basel meldet der „Lok.-Anz.": **Die** aus Aegypten nach Frankreich gebrachten australischen Truppen sind nach Angabe des „Daily Chronicle" vier Brigaden stark. Die durch die Dardanellenexpedition dezimierten Bestände sind jetzt wieder voll ergänzt.

Mißhandlung deutscher Verwundeter in Frankreich.

Die „Köln. Ztg." veröffentlicht eidliche Aussagen des im Wege des Kriegsgefangenenaustausches nach Deutschland zurückgekehrten Unteroffiziers Porff, der erklärte, daß er die größten Qualen erduldete und in der Kathedrale in Reims als Verwundeter untergebracht wurde, trotzdem die um die Kathedrale angebrachten Gerüste bereits zu brennen begannen und auch das Stroh, auf dem die Verwundeten lagen, in Brand geriet. Die ganze Kathedrale war mit Qualm erfüllt. Trotzdem blieben die Verwundeten zwei Tage in der Kirche und wurden erst durch Veranlassung eines französischen Priesters aus ihrer gefährlichen Lage gebracht. Es waren 180 Verwundete. Porff bestätigt, daß die Türme der Reimser Kathedrale von den Franzosen als Beobachtungsstellen benutzt wurden. Deutsche Offiziere wurden von den französischen Posten mißhandelt und ihrer Barmittel beraubt.

Der österreichisch-ungarische Generalstabsbericht

(W.T.B.) **Wien**, 11. Mai. Amtlich wird verlautbart:

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erhöhte Artillerietätigkeit hielt an den meisten Stellen der Front auch gestern an. Besonders lebhaft war sie im Dolomitenabschnitt zwischen Peutelstein und Buchenstein.

Ein italienischer Flieger warf vormittags zwei Bomben auf den Markt und den Domplatz von Görz ab. Hierdurch wurden zwei Zivilpersonen getötet, 33 verwundet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Balkan-Krieg.

Ein neues Gewaltmittel gegen Griechenland.

Die griechische Regierung hat Petersburger Meldungen zufolge bisher der Durchfuhr der serbischen Truppen durch Griechenland ihre Zustimmung nicht erteilt. Die griechische Regierung begründet ihre Weigerung mit der Befürchtung vor der Einschleppung von Seuchen und damit, daß die Beförderung der Truppen auf der schmalspurigen Eisenbahn Patras—Larissa allzuviel Zeit beanspruchen würde, es ist jedoch klar, daß